



2008/01 Interview

<https://ads.jungle.world/artikel/2008/01/endlich-wird-das-franco-regime-offiziell-verurteilt>

Juan Luis Porcar Orihuela, Mitglied einer Memoria-Histórica-Gruppe

»Endlich wird das Franco-Regime offiziell verurteilt«

Von **Alexandre Froidevaux**

In diesem Jahr soll in Spanien das so genannte Erinnerungsgesetz in Kraft treten. Das Gesetz wurde geschaffen, um die Franco-Diktatur aufzuarbeiten und die Opfer zu entschädigen. Der Historiker Juan Luis Porcar Orihuela ist Mitglied einer Memoria-Histórica-Gruppe in Castellón de la Plana (Valencia).

Ist das Gesetz der richtige und entscheidende Schritt zur kollektiven Wiedererinnerung und zur Aufarbeitung eines verschwiegenen Kapitels der spanischen Geschichte?

Es ist ein Schritt nach vorn, aber da es sich um einen politischen Kompromiss handelt, kann das Gesetz nicht alle Wünsche derjenigen erfüllen, die unter der Diktatur gelitten haben. Manche sind daher gegen das Gesetz. Andere denken, obwohl das Gesetz nicht zufriedenstellend ist, dass es so wenigstens zu einer öffentlichen Anerkennung der Opfer des Franquismus kommt. Wir sprechen von Menschen, die 80, 90 Jahre alt sind und die in wenigen Jahren tot sein werden. Dies ist die letzte Chance für sie, eine moralische und finanzielle Wiedergutmachung zu erhalten. Es ist auch das erste Mal, dass in einem spanischen Gesetz das franquistische Regime verurteilt wird.

Das Gesetz erklärt die politischen Urteile des Franquismus für illegitim, annulliert diese aber nicht. Dennoch könnte es sein, dass unter Berufung auf das Gesetz vor Gericht die Revision von Fällen wie dem des Anarchisten Salvador Puig Antich, der 1974 hingerichtet wurde, erreicht wird.

Das hat Widerspruch hervorgerufen, denn die Betroffenen müssen selbst eine Klage vor Gericht einreichen, damit es zu einer Revision der Unrechtsurteile kommen kann. Ein Gericht kann einer solchen Klage stattgeben oder sie verwerfen. Manchmal hängt das einfach von der Gesinnung des Richters ab. Es gibt Leute, welche die Illegitimitätserklärung für folgenlos halten. Bis die ersten Aufhebungsklagen eingereicht werden, wissen wir nicht, wie die Justiz darauf reagieren wird. Das ist wie mit den franquistischen Symbolen.

Das ist ein Aspekt, der Ihre Vereinigung »Grup per la Recerca de la Memòria Històrica« (Gruppe zur Erforschung der historischen Erinnerung) besonders

beschäftigt hat. Das Gesetz ebnet den Weg dafür, franquistische Erinnerungsorte aus der spanischen Öffentlichkeit zu entfernen.

Ja, aber viele Städte und Regionen werden von der konservativen Volkspartei Partido Popular (PP) regiert, die gegen das Gesetz ist. Deren Verwaltungen können die Bestimmung des Gesetzes blockieren. Es wäre besser gewesen, per Gesetz die Beseitigung von franquistischen Straßennamen, Denkmälern und Emblemen eindeutig anzuordnen. Im Fall der katholischen Kirche ist das zum Beispiel nicht zwingend vorgeschrieben. Ich bin sicher, dass sich viele Kirchen auf jenen Artikel berufen werden, der vorsieht, dass franquistische Gedenktafeln und Wappen nicht beseitigt werden müssen, wenn »historisch-künstlerische« Gründe vorliegen.

In Deutschland ist die Verherrlichung des Nationalsozialismus verboten. Hier in Spanien jedoch gibt es Leute, die öffentlich in den Medien erklären, Erinnerungsorte der Diktatur sollten nicht angetastet werden.

Im Oktober sprach der Papst fast 500 so genannte Märtyrer selig, Kirchenleute, die im Bürgerkrieg 1936-39 von Angehörigen des republikanischen Lagers getötet wurden. In Valencia soll sogar ein ganzer Tempel für diese »Märtyrer« gebaut werden. Verfolgt die Kirche eine eigene Erinnerungspolitik?

Es ist kein Zufall, dass es gerade dann zur größten Seligsprechung von »Märtyrern« kommt, wenn damit begonnen wird, die Massenexekutionen des Franquismus aufzudecken. Die Kirche spricht nur von ihren »Märtyrern«, und sie erkennt nicht die Rolle an, die sie in den dreißiger Jahren und danach spielte. Als der Bürgerkrieg begann, erklärte die Kirche diesen als heilig. Die Kirche in Spanien wollte ihre Gegner ausrotten, und Gegner waren für sie alle Nichtgläubigen. Damals stachelte die Kirche zu Gewalt an, und weil sie das tat, wurde sie selbst zur Zielscheibe der Gewalt. Viele dieser »Märtyrer« wurden nicht zu »Märtyrern« aufgrund ihres Glaubens, sondern weil die Kirche den Putsch und die herrschenden Klassen unterstützte.

Organisationen wie »Equipo Nizkor«, ein Zusammenschluss diverser Memoria-Histórica-Gruppen, kritisieren das Gesetz heftig. Manche sprechen gar von einem »Gesetz des Nichterinnerns und der Ungerechtigkeit«. Was halten Sie davon?

In gewisser Weise finde ich es gut, dass die Opfer moralisch anerkannt werden und dass man sie finanziell entschädigt. Aber ich stimme der Forderung von Amnesty International nach einer Wahrheitskommission zu. In allen Gesellschaften, die traumatische Ereignisse durchlebt haben, waren Wahrheitskommissionen essenziell, um die durch Krieg und Verfolgung hervorgerufenen Traumata zu bewältigen. Ich spreche von einer Wahrheitskommission, welche die Täter benennt und eine klare Unterscheidung vornimmt zwischen den Tätern und denen, die Opfer waren. Auch wenn nach so langer Zeit niemand mehr ins Gefängnis gehen wird, wäre es wichtig, dass der Staat derart die Menschenrechtsverletzungen anerkennt.

Das Gesetz legt dem Staat die Verpflichtung auf, den Memoria-Histórica-Organisationen bei der Suche und der Exhumierung der so genannten Verschwundenen zu helfen. Aber sollte dies nicht die Aufgabe des Staates sein?

Genau, der Staat muss die Suche nach den Gräbern und die Bergung der Skelette übernehmen. Wenn das nur die Memoria-Histórica-Gruppen machen, kann es sein, dass nur an Orten, an denen es eine Vereinigung gibt, die Unterstützung erhält und Exhumierungen vornimmt, Gräber

geöffnet werden. Ganz abgesehen davon werden die Vereinigungen nie die organisatorischen Mittel haben, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Die Memoria-Histórica-Gruppen haben sehr viel zur Aufarbeitung der jüngeren spanischen Geschichte beigetragen, die unter anderem in der Verabschiedung des Erinnerungsgesetzes kulminiert. Was sind die Kernpunkte Ihrer Aktivitäten?

Ich denke, dass wir mit der Gruppe einen sehr wichtigen Beitrag zur Wiedergewinnung der historischen Erinnerung leisten. Ein Bereich unserer Arbeit ist es, den Opfern zu helfen, das Schweigen zu brechen und von ihren Erlebnissen zu berichten. Ein weiterer Bereich ist die Forschungsarbeit. Dabei geht es darum, an historische Quellen zu gelangen und in Archive zu gehen, die bis jetzt unzugänglich waren und die sich nun langsam für die Forschenden öffnen.

Die Arbeit der Gruppe ist dort sehr wichtig, wo wir die individuellen Erfahrungen zusammentragen und sie in eine kollektive Erinnerung verwandeln. Eine kollektive Erinnerung, in der die Opfer des Franquismus erkennen, dass ihre schmerzhaften Erlebnisse auch von anderen erlitten wurden. Eine kollektive Erinnerung, die es ihnen erlaubt, sich als Angehörige einer Gemeinschaft von Opfern zu betrachten.

Ihre Gruppe hat auch vor der Verabschiedung des Gesetzes bereits finanzielle Unterstützung von staatlichen Stellen erhalten.

Unterstützt hat man uns bisher nur bei bestimmten, eng begrenzten Projekten, die wir extra beantragen mussten. Eines davon war eine Tagung zum Thema Memoria Histórica. Das andere Projekt war ein Denkmal für diejenigen Spanier, die in Castellón erschossen wurden. Wir sind jedoch in einer finanziell prekären Situation. Aktivitäten wie Ausstellungen, die Betreuung der Opfer oder die Forschungsarbeit müssen wir mit dem Geld unserer Mitglieder bezahlen.

Glauben Sie, dass sich mit dem Gesetz die Bedingungen für Ihre Arbeit verbessern werden?

Hoffen wir das. Aber ich weiß es nicht genau.

Im März finden in Spanien Parlamentswahlen statt. Gehen Sie davon aus, dass die Volkspartei, falls sie diese Wahlen gewinnen sollte, das Gesetz wieder abschaffen wird?

Es könnte sein, ich hoffe aber, dass sie es nicht tut. Manchmal setzen die Parteien, wenn sie an die Macht gelangen, nicht das in die Tat um, was sie in der Opposition angekündigt haben.

Ist denn zu befürchten, dass der PP die Wahlen gewinnen wird?

Nein, ich glaube nicht, dass er gewinnen wird, und ich hoffe es auch nicht. Ich halte es aber für gefährlicher, dass die Verwaltungen das Gesetz behindern und es deshalb nicht angewendet wird.